

Eingegangen am

25. April 2017

Sekretariat Gemeinderat

Herr
Gemeinderatspräsident
Hans-Peter Schmid
Ratssekretariat/Stadtverwaltung
8600 Dübendorf



Dübendorf, 24. April 2017

Interpellation Tanja Walliser (Fraktion SP, Grüne) Vorwürfe gegenüber ORS häufen sich

Die ORS AG, welche von der Gemeinde Dübendorf mit der Asylkoordination und damit der Unterbringung der Flüchtlinge (Asylsuchende und anerkannte Flüchtlinge) beauftragt wurde, ist schon mehrfach negativ aufgefallen. Sie gehört mehrheitlich einer Private Equity Firma und erwirtschaftet hohe Gewinne aus ihren Aufträgen.

Amnesty International bezeichnete die Zustände in einem von der ORS betriebenen Heim als „menschenunwürdig“. Im Oktober 2015 berichtete die Rundschau des SRF, dass die ABS, eine Tochterfirma der ORS, in der Ostschweiz unzulässigerweise den Lohn von Asylsuchenden einzog. Vor Kurzem wurde ausserdem bekannt, dass die ORS RechtsberaterInnen den Zutritt zu Zürcher Notunterkünften verweigert. Immer wieder Thema war auch die mangelnde Transparenz der ORS in Finanzfragen. So weigerte sich die ORS ihre Buchhaltung offen zu legen.

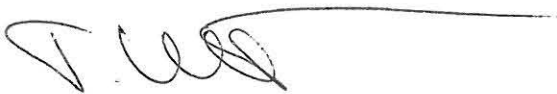
Nachdem in Dübendorf seit mindestens zwei Jahren die unhaltbaren Zustände in den Unterkünften ein Thema waren und erst auf nachhaltigen Druck von Freiwilligen, Kirchen und GemeinderätInnen etwas an der Situation verbessert wurde (die Platzverhältnisse und die Ausstattung an gewissen Standorten ist nach wie vor mehr als fragwürdig), mehren sich nun Besorgnis erregende Hinweise auf unlautere Massnahmen in den von der ORS betriebenen Unterkünften. Auch ist immer wieder die Rede von der Überbelastung des Personals bei der ORS und einer daraus resultierenden hohen Fluktuation. Es stellt sich darum die Frage, ob die ORS AG auch für die Zukunft der richtige Partner für die Stadt Dübendorf ist oder ob diese Aufgabenerfüllung anders organisiert werden muss.

Darum bitte ich den Stadtrat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Welche Mindeststandards gelten für die Unterbringung von Asylsuchenden in Dübendorf? (z.B. Quadratmeter pro Person, Grundausstattung, Betreuungsverhältnis etc.)
2. Wie stellt die Stadt sicher, dass diese Mindeststandards in den Unterkünften eingehalten werden?
3. Ist dem Stadtrat bekannt, dass ein hoher Druck auf den Mitarbeitenden der ORS lastet und falls ja, gedenkt er etwas dagegen zu unternehmen? Es ist bekannt, dass in anderen Gemeinden Personal mit ungenügender Qualifikation für die ORS tätig ist, wie ist die Situation in Dübendorf?
4. Weiss der Stadtrat, wie viel Gewinne die ORS AG mit der Flüchtlingsbetreuung auf Kosten der Stadt erwirtschaftet? Ist der Stadtrat bereit, bei der ORS AG eine Offenlegung der Buchhaltung, inklusive Ausweisung des Gewinnes, zu verlangen?
5. Ist die Stadt bereit, dem Gemeinderat Einsicht in den Vertrag mit der ORS AG zu gewähren - dies im Sinne des Öffentlichkeitsprinzipes?
6. Welche Entschädigung erhält die Stadt Dübendorf vom Bund für die Unterbringung, Betreuung und Ausbildung von asylsuchenden Personen?
7. Wurden bei der Vergabe des Auftrages an die ORS AG auch andere Organisationen in Betracht gezogen? Nach welchen Kriterien wurde der Auftrag der ORS übertragen? Bis wann läuft der Vertrag und wie wird die Vertragsverlängerung abgewickelt? Werden dort andere Organisationen in Betracht gezogen?

8. Uns ist ein Fall in Dübendorf bekannt, wo die ORS einer grossen Anzahl von Asylsuchenden die Auszahlung der Nothilfe verweigerte, da diese mit Abzügen auf ihrer Abrechnung nicht einverstanden waren. Wohin können sich Asylsuchende in der Stadt wenden, wenn sie sich ungerecht behandelt fühlen?
9. Hat der Stadtrat Kenntnis von diesen zweifelhaften Abzügen? Wie setzt sich die Abrechnung für die Flüchtlinge und Asylsuchenden zusammen? Welche Abzüge werden auf welcher Grundlage geltend gemacht? Kann der Stadtrat dem Gemeinderat eine solche Abrechnung vorlegen? Werden ungerechtfertigte Abzüge zurückbezahlt? Welche Stelle in der Verwaltung hat die Kompetenz einzuschreiten?
10. Wer ist Ansprechperson bei Fragen aus der Bevölkerung zum Thema Flüchtlinge in Dübendorf? Das Sozialamt oder die ORS?
11. Den Flüchtlingen wird monatlich ein Betrag für die Miete abgezogen. Wenn man diese Beträge in bestimmten Unterküften hochrechnet, ergibt sich ein sehr hoher Betrag, der auf Grund der momentanen Grundausrüstung mit gesundem Menschenverstand nicht gerechtfertigt ist. Wie hoch genau sind diese Abzüge in den einzelnen Unterküften? Was ergibt sich für ein Gesamtpreis in den jeweiligen Unterküften? Wie hoch schätzt der Stadtrat den Marktpreis der entsprechenden Wohnungen ein? Gibt es einen Überschuss zwischen dem in Abzug gebrachten Betrag und dem effektiv geschuldeten Mietzins? Wer profitiert von den hohen Abzügen?
12. Falls der Stadtrat Kenntnis oben genannter Fälle hat, was hat er dagegen unternommen und wie gedenkt er sicher zu stellen, dass es nicht weiterhin zu solchen Schikanen in den von ORS betreuten Unterküften kommt?

Besten Dank für die Beantwortung dieser Fragen.



Tanja Walliser, Fraktion SP/Grüne